

Erscheint jede Woche

Samstags / Bezugspreis monatlich 1 Mk., durch die Post ins Haus gebracht 1.12 Mk. / Mitglieder des Gewerbevereins für Nassau erhalten das Blatt umsonst / Alle Postanfragen nehmen Bestellungen entgegen

Mitteilungen für den Gewerbeverein für Nassau

Veröffentlichungs-Organ der handwerkskammer Wiesbaden

herausgegeben

vom Zentralvorstand des Gewerbevereins für Nassau

Wiesbaden, 10. Mai

Anzeigen-Annahmestelle:

Hermann Rauch, Wiesbaden, Friedrichstr. 30, Telefon 636

Die Anzeigengebühr

beträgt für die sechsgehaltene Petitzeile 40 Pfg.; kleine Anzeigen für Mitglieder 30 Pfg. / Bei Wiederholungen Rabatt / für die Mitglieder des Gewerbevereins für Nassau werden 10 Prozent Sonder-Rabatt gewährt

Inhalt: Bekanntmachungen des Zentralvorstandes - Bekanntmachung - Gewerbliches Unterrichtswesen - Um des Handwerks Zukunft - Anträge an die Preussische Landesversammlung - Bekanntmachung betr. Verwertung von Geeresgut - Aus Nassau - Aus den Vorkommnissen - Bekanntmachungen der Handwerkskammer.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Betr. Verlegung der Geschäftsstelle.

Wir bringen hiermit zur Kenntnis, daß wir unsere Geschäftsstelle, die bisher im alten Gebäude der Nassauischen Landesbank, Rheinstraße 42 hier, untergebracht war, infolge dringender Inanspruchnahme der Räume durch die Bank selbst leider schon wieder verlegen mußten.

Vom 25. ds. Mts. ab befindet sich unsere Geschäftsstelle nebst Bücherei, Vorbildersammlung und Auslage der Patentschriften im 1. Stock des Hauses Adolfsstraße Nr. 16, Ecke Adelheidstraße.

Die Eröffnung des Lesesaales wird noch bekanntgegeben.

Wiesbaden, den 22. April 1919.

Der Zentralvorstand
des Gewerbevereins für Nassau.

Benutzung der Bücherei und Vorbildersammlung.

Nach Verlegung unserer Geschäftsstelle von Rheinstraße 42 nach Adolfsstraße 16, Ecke Adelheidstraße, ist der Lesesaal der gewerblich-technischen Bücherei und Vorbildersammlung am 2. Mai wieder eröffnet worden. Die Besuchszeiten sind an Werktagen von 10 bis 1 Uhr vormittags und 4 bis 6 Uhr nachmittags. An den Mittwochs- und Samstagsnachmittagen, sowie den Sonntag über bleibt der Lesesaal geschlossen. Der Besuch des Lesesaales ist jedem Erwachsenen über 14 Jahre unentgeltlich gestattet. An Mitglieder des Gewerbevereins für Nassau und Schüler der Handwerker- und Kunstgewerbeschule werden gegen Vorlage der Mitglieds- oder Ausweisakte Bücher, Zeitschriften und Vorbilder kostenlos ausgeliehen. Dasselbe Recht haben die Mitglieder des Bezirksvereins Rheingau des Vereins deutscher Ingenieure. Andere Personen haben eine Leihgebühr von 10 Pfg. für jedes Buch, Zeitschrift oder Vorbild oder eine Grundgebühr von vierteljährlich 1.50 Mk. zu entrichten.

Die Bücherei und Vorbildersammlung umfaßt in ihren 13000 Bänden und über 40000 Vorbildern das gesamte Gebiet der handwerklichen und gewerblichen Technik, der Architektur, des Ingenieurwesens, des Kunstgewerbes, der angewandten Kunst, der Sozialpolitik, gewerblichen Gesetzgebung und Rechtsprechung sowie des gewerblichen Unterrichtswesens. Über 100 Fachzeitschriften sind im Lesesaal aufgelegt.

Der Bücherei angegliedert ist die Auslegestelle der deutschen Patentschriften. Diese können in den oben angegebenen Besuchszeiten eingesehen werden, ebenso das Patentblatt, welches die Patent-Anmeldungen, Erfindungen, Verbesserungen und Gebrauchsmuster-Eintragen, das Verzeichnis der als Warenzeichen eingetragenen Wortzeichen sowie die amtliche Liste der Patentanwälte enthält.

Auch wird kostenlos Auskunft über das Verfahren zur Erwerbung des Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichen-Schutzes erteilt.

Die rege Benutzung dieser für die Förderung von Handwerk, Gewerbe und Industrie wichtigen Einrichtungen wird erneut angelegentlich empfohlen.

Wiesbaden, den 5. Mai 1919.

Der Zentralvorstand
des Gewerbevereins für Nassau.

Bekanntmachung.

Der wiederholten Aufforderung an die Schulvorstände gewerblicher Fortbildungsschulen, Unterrichtskurse für Handwerker überall da, wo sich ein Bedürfnis zeigt, zu veranstalten und gegebenenfalls das Bedürfnis durch Zeitungsanzeigen anzudeuten, sind die Schulvorstände nur in beschränktem Maße nachgekommen. Für die Veranstaltung solcher Kurse ist an allen größeren Orten ein Bedürfnis vorhanden, insbesondere bezüglich der Buchführung im Hinblick auf das Umsatzienergebnis.

Nachstehende Bekanntmachung vom 26. November 1918, veröffentlicht in Nr. 49/50 und 51/52, Jahrg. 1918, des „Nass. Gewerbeblattes“, wird deshalb nochmals zum Abdruck gebracht.

Betr. Abhaltung von Unterrichtskursen für Handwerker.

Um die seither von der Handwerkskammer veranstalteten Fortbildungskurse für Handwerker und Vorbereitungskurse zur Meisterprüfung sowie die seither vom Gewerbeverein für Nassau eingerichteten Kurse für Buch- und Geschäftsführung einheitlich zu gestalten, kam folgende Uebereinkunft zustande:

Zur Weiterbildung der Handwerker - wie auch deren Frauen und Töchter - werden überall da, wo sich ein Bedürfnis herausstellt, Kurse eingerichtet, die folgende Unterrichtsgegenstände umfassen können: Buch- und Geschäftsführung, Kostenberechnen, Gewerberecht, wichtige Kapitel aus dem bürgerlichen Gesetzbuch, Genossenschaftswesen, Reichsversicherungsordnung, Mahnverfahren und Wechselverkehr.

Die Wahl der Unterrichtsgegenstände und die Festlegung der Kursdauer erfolgt nach Maßgabe der örtlichen Bedürfnisse.

Mit der Einrichtung und Durchführung der Kurse werden die Schulvorstände der gewerblichen Fortbildungsschulen beauftragt. Der Schulvorstand setzt nach Maßgabe der Dauer des Kurses die Höhe der Teilnehmergebühr fest, die in der Regel so hoch zu bemessen ist, daß die Kosten des Kurses gedeckt werden.

Die Handwerkskammer leistet zu den Kursen einen Beitrag in der Form, daß sie je nach Bedarf an die Kurssteilnehmer die notwendigen Unterrichtsbücher über Gewerberecht und Buchführung des Handwerkers kostenlos abgibt. Die Einrichtung und Leitung der Kurse wird vom Zentralvor-

stand des Gewerbevereins für Nassau überwacht, dem auch vor Beginn der Kurse ein kurzer Unterrichtsplan und die Teilnehmerliste mit Angabe des Unterrichtsbegins, der Kursdauer und der Unterrichtszeit einzureichen ist.

Da die Errichtung solcher Kurse nach der Demobilisierung von besonderer Wichtigkeit sein wird, so ersuchen wir die Schulvorstände, Kurse auszuschreiben. Zu den Kursen sind auch Teilnehmer aus Nachbarorten zuzulassen. Der Unterricht wünscht, wende sich an den Leiter der nächsten gewerblichen Fortbildungsschule.

Wiesbaden, den 26. November 1918.

Die Handwerkskammer.

Der Zentralvorstand
des Gewerbevereins für Nassau.

Gewerbliches Unterrichtswesen.

Unter Bestätigung des Herrn Regierungspräsidenten wurde Herr Rektor Joseph Sadin Schwanheim zum nebenamtlichen Leiter der dortigen gewerblichen Fortbildungsschule ernannt.

Herr Bautechniker Wilhelm Wagner aus Altdorf wurde mit der Versetzung einer hauptamtlichen zweiten Hilfslehrerstelle an der gewerblichen Fortbildungsschule in Bad Somburg v. d. S. beauftragt.

Beauftrag an gewerblichen Fortbildungsschulen erhielten:

Zimmermeister Wilhelm Hies, Langenschwalbach.

Ingenieur Wilhelm Hubert, Sonnenberg.

Architekt Hermann Link, Herborn.

Architekt Jakob Ohlenschläger, Königstein.

Lehrer Karl Thiel, Friedrichsdorf.

Architekt Karl Will, Bierstadt.

Lehrer Gustav Fraund in Schierke ist aus dem Dienst an der gewerblichen Fortbildungsschule krankheits halber ausgeschieden.

Um des handwerks Zukunft.

(Nachdruck verboten.)

Bei der Neuregelung unserer innerpolitischen Verhältnisse hat man in Kreisen des handwerklichen Mittelstandes, dessen hohe Bedeutung für unser Staatsleben während der großen Ereignisse der letzten Jahre so in den Vordergrund gerückt wurde, mit Fieberspannung der Besprechung der Mittelstandsfragen im Reichsparlament entgegen gesehen. Und so kam denn endlich am 25. März dieses Jahres nach beinahe vier zehntägiger Unterbrechung der Tagung der Nationalversammlung die lang erwartete Mittelstands- und Handwerkerdebatte, die ein Lichtschein in des Handwerks düstere Tage und Zukunft bringen sollte. Deutschnationale und Zentrum hatten Interpellationen über die Lage des Handwerks und der mittleren und kleinen Gewerbe- und Handwerksbetriebe eingebracht. Die Klagen über den Notstand des Handwerks und Kleingewerbes, die seit Jahren zur Erörterung

sehen, wie überhaupt die allgemein betrübliche Lage unseres Wirtschaftslebens fanden von den verschiedensten Seiten aus eine grelle Beleuchtung, die immer wieder die schweren Sorgen, mit denen Handwerk und Gewerbe der Zukunft entgegengesehen, kennzeichnete. Der Krieg in Verbindung mit den Maßnahmen der früheren Regierung sowie die Schäden der Revolution haben zu dem Niedergange von Handwerk und Gewerbe, die gegen alle anderen Schichten im Wirtschaftsleben zurückgeblieben sind, keine Kriegsgewinne haben machen und durch Streikdrohungen keine hohen Löhne haben erpressen können beigetragen und schließlich zum Zusammenbruch geführt. Wenn das Handwerk jüngst noch seine Wiederaufrichtung als eine unabwiesbare Pflicht der Regierung ansah, so ist es bitter enttäuscht durch die Rede des Ministers Wiffel, die den Eindruck nicht erweckte, daß die Reichsregierung mit besonderem Eifer und Nachdruck an diese Aufgabe heranzugehen beabsichtigt. Ihr Interesse scheint vielmehr vorzugsweise der Arbeiterbewegung und der Sozialisierung zugewendet zu sein und es gewinnt noch den Anschein, als betrachte sie Handwerk und Kleingewerbe ganz im Sinne der Sozialisierung als überwundene Einrichtungen, denn bei allen den Aufträgen, die vom Staat bisher vergeben wurden oder noch vergeben werden sollen, dürfte nach den eigenen Erklärungen des Ministers nicht mehr viel für Handwerker und Kleingewerbe, ausgenommen schließlich das Baugewerbe, abfallen, und auch die Empfehlung des Mittelstandes Organisation dürfte die Schwere dieser wichtigen Erwerbskreise allein nicht wieder rauchen lassen. Hier tut kräftige Hilfe, die sofort geleistet werden muß, bitter not. Die alte Regierung hat den großen Fehler begangen, die nationale Lebensenergie zu unterdrücken, statt sie sich zunütze zu machen und die jetzige Regierung fällt in denselben Fehler. Soll der handwerkliche Mittelstand wiederum vollends enttäuscht werden? In den Wahlausrufen war von Industrie und Handwerk nicht viel zu hören und gerade der gewerbliche Mittelstand merkt auf, jetzt wo der Fall um seine Hilfe eingetreten ist. Fünfzehn Handwerker sind in den Nationalrat gewählt worden und diesen rufen wir als Bedächtnis in allererster Linie für Handwerk und Industrie zu sorgen, dabei muß das Handwerk selbst mit seinen Forderungen gewaltig an die Öffentlichkeit drängen. Fach- und Tagespresse muß das Handwerk mobil machen und rücksichtslos ausschalten diejenigen Organe, die sich dieser Pflicht zu entziehen trachten. Die in der Öffentlichkeit immer noch weit verbreiteten irdigen Ansichten über die Bedeutung des Handwerks in unserm Wirtschaftsleben sind zu bekämpfen. Die während des Krieges in glänzender Weise bewiesene und von höchster Stelle anerkannte Leistungsfähigkeit des deutschen Handwerks bietet hierzu die beste Handhabe. Mit Werten von vielen hundert Millionen ist das Handwerk an der Ausführung von Heeresarbeiten beteiligt gewesen, und, was beinahe noch wichtiger erscheint, es hat sich als unentbehrliche Hilfe der Rüstungsindustrie und der Landwirtschaft erwiesen, die ohne die Mitarbeit des Handwerks die erstaunlichen Kriegseinsparungen nicht hätten vollbringen können. Und nicht nur das große Publikum muß über die Bedeutung des Handwerks im Wirtschaftsleben aufgeklärt werden, noch viel eindringlicher ist das hinsichtlich einzelner Vertreter der Wissenschaft und der Politik notwendig. Wenn z. B. eine wissenschaftliche Richtung einer öffentlichen Mittelstandsfürsorge mit dem Argument widerspricht, daß der Mittelstand selbst die Kraft schöpfen müsse, sich wieder emporzuarbeiten und die Unfähigkeit hierzu als Zeichen des Niederganges ansieht, so ist dem entgegenzuhalten, daß auch heute noch der Mittelstand insbesondere das Handwerk sich selbst kräftig genug fühlt, um die kritische Epoche zu überleben. Sie sagen sich aber mit Recht, daß in einer Zeit, wo der Schutz der wirtschaftlich Schwachen gegenüber den wirtschaftlich Stärkeren in das Programm der Kulturstaaten aufgenommen ist, sie keinen Grund haben, auf die Förderungsmöglichkeiten zu verzichten. Wenn

baher das Interesse der sozialdemokratischen Mitglieder des Reichstages für Handwerk und Gewerbe nicht groß genug sein sollte, um eine energische Aktion in die Wege zu leiten, so müßten die bürgerlichen Parteien, deren Vertreter in der Regierung sitzen, diese einmal nachdrücklich daran erinnern, daß die Reichsregierung keine sozialistische, sondern eine Koalitionsregierung ist und daß ihre Pflicht und Schuldigkeit darin besteht, die staatsbürgerlich so wertvolle Existenz in Handwerk und Gewerbe mit allen Mitteln zu stützen und zu fördern.

Anträge an die Preussische Landesversammlung.

Die deutsch-nationale Fraktion der preussischen Landesversammlung hat den folgenden Antrag (Hammer und Genossen) eingebracht:

Die versammlunggebende preussische Landesversammlung wolle beschließen:

1. die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung baldmöglichst dahin wirken zu wollen:
 - a) daß der Abbau der Zwangswirtschaft in Getreide, Kartoffeln, Fett und Fleisch vorgenommen wird, sobald Erzeugung und Zufuhr gewährleistet ist, und daß im übrigen die Aufhebung der Zwangswirtschaft und der Kriegsgefellschaften sofort erfolgt;
 - b) daß während der Uebergangszeit die Verteilung von rationierten Nahrungs- und Genussmitteln, insbesondere Fett, Fleisch- und Wurstwaren, einschließlich der aus dem Auslande und der von den Ententeländern zu beziehenden Nahrungsmittel, unter Aufsicht der Kommunalbehörden, den beteiligten Einkaufsgenossenschaften oder Berufsorganisationen der Fleischer, Bäcker, Kolonialwarenhändler und Konsumvereine auf Grund ihrer Kundenlisten übertragen wird;
 - c) daß ebenso wie die Konsumvereine alle Einkaufsgenossenschaften der Kolonialwarenhändler mit einem Jahresumsatz von mehr als 200.000 M. als Großhändler anerkannt werden;
 - d) daß mit größtem Nachdruck die Zuteilung von Rohstoffen, Halberzeugnissen, Waren und Betriebsmitteln zu angemessenen Teilen an die Berufsorganisationen und Einkaufsgenossenschaftszentralen der Industrie, des Handels und des Handwerks vorgenommen wird, und dabei an erster Stelle bei nachgewiesenem Bedarf Kriegsteilnehmer und die infolge der Kriegswirtschaft stillgelegten oder nachweislich schwer geschädigten Betriebe bedacht und von Seiten des Reiches, des Staates und der Selbstverwaltungskörper mit Arbeits- und Lieferungsausträgen versehen werden;
 - e) daß die wirtschaftliche Selbständigkeit des Handwerks und der Klein- und Mittelbetriebe des Handels unter allen Umständen gewährleistet wird;
2. die Regierung zu ersuchen: diejenigen zum Wiederaufbau von Handwerk und Kleinhandel an erster Stelle berufenen großen gewerblichen Genossenschaftsverbände ausreichend mit Staatsmitteln zu unterstützen, deren Tätigkeit sich nicht nur auf die geschäftlichen, sondern auch je nach Bedarf auf weitere notwendige Revisionen erstreckt, die ferner eine planmäßige Pflege der Einzelgenossenschaften, praktische Genossenschaftskurse für Leiter und Aufsichtsräte, die Einrichtung von Buchführungs- und Ordnungsstellen, eine Statistik der angeschlossenen Genossenschaften usw. durchführen."

K

Die demokratische Fraktion der preussischen Landesversammlung hat den Antrag gestellt, die Regierung zu ersuchen, schnellste Maßnahmen zum Wiederaufbau des kriegsgeschädigten Mittelstandes durchzuführen und zwar:

1. dem Handwerk und Gewerbe die erforderlichen Rohstoffe, Materialien und Geräte zuzuführen, wobei die freiverwendbaren Heeresgüter eine wesentliche Rolle spielen werden. Es ist daher bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß angemessene Mengen dieser Güter für das Handwerk sichergestellt und ihm in geeigneter Weise, insbesondere auch im Wege des Kleinverkaufs, zugeführt werden;
2. das organisierte Handwerk und Gewerbe bei der Vergabung öffentlicher Aufträge in größerem Umfang als bisher zu berücksichtigen und die bisherigen Mängel im Vergabungsverfahren zu beseitigen;
3. Einrichtungen zu treffen, die im einfachen an die bestehenden Kreditorganisationen des Mittelstandes sich anlehnenden Verfahren die zum Wiederaufbau des Mittelstandes erforderlichen Geldmittel sicherstellen und die wirtschaftliche Verwendung dieser Mittel gewährleisten;
4. bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die geplante Sozialisierung die Lebensfähigkeit des leistungsfähigen Mittelstandes nicht berührt;
5. bei der großen Bedeutung, die dem Genossenschaftswesen als der wirtschaftlichen Organisation des Mittelstandes zukommt, eine Vertretung des Genossenschaftswesens in den in Betracht kommenden Ministerien zu schaffen und bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß eine gleiche Vertretung auch bei den Reichsministerien, zumal dem Reichswirtschaftsministerium, stattfindet.

Bekanntmachung

betr. Verwertung von Heeresgut.

Das Reichsverwertungsamt (R.-V.-A.) Berlin hat die Holzmengen der Heeresverwaltung an die drei großen Holzverbände und zwar

- a) den Zentralverband von Vereinen Deutscher Holzinteressenten in Berlin W 35, Lützowstraße 89/90;
- b) den Verein Ostdeutscher Holzhändler und Holzindustrieller in Berlin SW 11, Saltschestr. 27;
- c) den Verein Sächsischer Holzindustrieller in Dresden,

durch Vertrag vom 28. Februar 1919 verkauft. Nach den getroffenen Vereinbarungen darf das R.-V.-A. aber 30 Prozent der Hölzer nach eigenem Gutdünken für gemeinnützige Zwecke verkaufen und über die einzelnen Partien im Verhältnis der Art, Menge, Güte und Abmessungen der angekauften Bestände verfügen. Die Verbände haben die Verpflichtung, von diesem Recht des R.-V.-A. gemäß dessen Anweisung durch die Presse Kenntnis zu geben. Im Vertrage sind folgende Verkaufspreise vorgegeben:

- 50 Mark für Schurholzrahmen, Flischholz, Rundholz, Hindernispfähle;
- 55 Mark für unsortiertes Holz;
- 62 Mark für alle übrigen Sorten.

Nach § 9 des Vertrages muß das R.-V.-A. für die von ihm für gemeinnützige Zwecke verkauften Mengen den drei Holzverbänden die tatsächlich erwachsenen nachweisbaren handelsüblichen Selbstkosten und außerdem von dem vom Reiche erzielten Verkaufspreise 10 Prozent als Entschädigung vergüten.

Den Gemeindebehörden und gemeinnützigen Bauvereinigungen ist hiervon schnelligst in geeigneter Weise mit dem Bemerken Kenntnis zu geben, daß sie ihren Bedarf an Hölzern umgehend beim R.-V.-A. Berlin, Friedrichstraße 100, anmelden müssen.

Ueber die Holzläger in Ostdeutschland wird die Art der Verfügung in Kürze ebenfalls bekannt gegeben werden.

An anderen Bauhöfen sind nach Mitteilung des Reichsverwertungsamts in der Hauptsache vorhanden:

- Dachpappe, in beträchtlichen Mengen.
- Die Läger sind über das Reich verteilt.
- Ofen, hauptsächlich Rundöfen mit Koch- einrichtung; ferner Herde, Quartier- und Schützengrabensäben.

Die Defenbestände lagern hauptsächlich bei westdeutschen Hüttenwerken und Fabriken. Anforderungen auf diese Gegenstände werden ebenfalls am besten dem H. W. M. zugeleitet. Sonstige Baumaterialien, insbesondere Mauersteine und Zement, sind nur in geringen Mengen vorhanden. Diesbezügliche Anfragen richten die Gemeinden und Bauvereinigungen zweckmäßig an die nächstliegenden Zweigstellen des H. W. M. in Kassel, Bahnhofstraße 1 (Fernruf 5118), Dieburg bei Darmstadt, Altstadt 22 (Fernruf 11), Hanau, Nordstraße 86 (Fernruf 1248), Bad Nauheim, Parkstraße 11 (Fernruf 577).

Berlin W 66, 21. 3. 1919.

Der Reichskommissar für Wohnungswesen.

Aus Nassau.

Mittelstandshilfe des Kreises Höchst a. M.

Der frühere Kreisdeputierte, Herr Chemiker Dr. Blank, hat im vorigen Jahre den Kreis eine Stiftung von 10 000 M zur Wiederaufichtung und Aufrechterhaltung der durch den Krieg in Bedrängnis geratenen Persönlichkeiten in Gewerbe, Handwerk und Landwirtschaft gemacht und dabei den Wunsch ausgesprochen, daß der Kreis für den gleichen Zweck 20 000 M zur Verfügung stellen möge. Nachdem die Genehmigung zur Annahme der Stiftung erteilt worden ist, hat nun der Kreistag in seiner Sitzung vom 24. April d. J. beschlossen, die von dem Stifter gewünschte Summe aus Kreismitteln beizuflechten. Gleichzeitig wurden die Satzungen der Stiftung beraten. Dieselbe gewährt den oben bezeichneten Personen Beihilfen und kurzfristige Darlehen, um ihre Betriebe wieder lebensfähig zu machen und zu erhalten. Besonders sei hervorgehoben, daß Beihilfen alle in nicht bewilligt werden können. Als einmalige Beihilfe werden 100 bis 500 M ohne Rückzahlungspflicht gegeben. Das Darlehen beträgt gewöhnlich das Doppelte der Beihilfe und wird mit einer Rückzahlungsfrist bis zu vier Jahren gewährt. Die erste Hälfte des Darlehens ist in der Regel zinsfrei, die zweite dagegen ist mit 4 v. H. zu verzinsen. Die zu leistenden Rückzahlungen bestimmt von Fall zu Fall der Kreisausschuß, der das Stiftungskapital verwaltet. Beihilfen und Darlehen werden in der Regel in bar ausgezahlt. In besonderen Fällen bleibt indessen die Gewährung von Materialien, Werkzeugen und dergleichen vorbehalten.

Aus den Lokalvereinen.

Niedesheim.

Der hiesige Lokalgewerbeverein hielt am Mittwoch, den 30. April, seine diesjährige Generalversammlung ab. Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Karl Meier, eröffnete dieselbe und gedachte nach kurzem Jahresüberblick der verstorbenen Mitglieder, des verdienten Vorsitzenden, Herrn P. Becker, und der Mitglieder, Herren Schwant und Jittel. Nach Erstattung des Jahresberichtes durch den Schriftführer, Herrn P. Schupp, berichtete der Kassierer, Herr Lehrer Schmitt, über den Stand der Kasse des Vereins und der gewerblichen Fortbildungsschule. Die Mitgliederzahl des Vereins betrug am Schlusse des Vereinsjahres 60. Nach erfolgter Prüfung der Jahresrechnung durch die Prüfungskommission und Entlastung des Kassierers zitierten die Ergänzungswahlen zum Vorstand folgendes Ergebnis: Als Nachfolger für den verstorbenen ersten Vorsitzenden wurde Herr Lindermeister Peter Willig gewählt, als stellvertretender Vorsitzender Herr Buchdruckermeister R. Meier wiedergewählt und als Beisitzer Herr Schmiedemeister P. H. Neuschneidewahl. Ueber den Stand der Fortbildungsschule und über die beabsichtigte Einrichtung einer Mädchen-Fortbildungsschule berichtete Herr Rektor Bertram in eingehender Weise. Als Abgeordnete für die diesjährige ordentliche Generalversammlung des Gewerbevereins für Nassau wurden die Herren R. Meier und P. H. Schneider gewählt. Im Namen des Vereins brachte der Vorsitzende Herr Lehrer Schmitt zu seinem 40. Geburtstag als Lehrer der Volksschule in Niedesheim für seine langjährige Tätigkeit im Verein und an der Fortbildungsschule die herzlichsten Glückwünsche dar.

Montabaur.

Aus der am 20. April im „Nassauer Hof“ stattgefundenen ordentlichen Mitgliederversammlung des hiesigen Gewerbevereins teilen wir nachfolgendes mit: Nach Begrüßung der Mitglieder und des Schulvorstandes seitens des Vorsitzenden, Herrn Buchdruckermeister G. Sauerborn, erklärte letzterer, daß er wegen anderweiter Inanspruchnahme sein Amt als Leiter des Vereins mit dem heutigen Tage niederlege. Er dankte den Mitgliedern des Vereins- und Schulvorstandes für ihre langjährige treue Mitarbeit zur Erreichung der vom Verein und Fortbildungsschule gesteckten Ziele und verlorb, auch fernerhin den Verein mit Rat und Tat zu fördern. Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. Aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht entnehmen wir folgendes: Während des letzten Kriegsjahres und in der Zeit des Passenflandes konnten nur die notwendigen Angelegenheiten des Vereins ihre Erledigung finden. Die Mitgliederzahl betrug im Anfang des verfloffenen Vereinsjahres 17, einige Mitglieder sind ausgetreten bzw. verzogen, dafür sind wieder einige neu eingetreten, so daß der Verein heute etwa 100 Mitglieder zählt. Die Verhandlungsgegenstände in den einzelnen Vorstandssitzungen und Versammlungen betrafen u. a.: Bericht über die Tätigkeit des Kreisverbandes für Handwerk und Gewerbe; Vortrag über den Postbedarfs und die Vorteile des bargeldlosen Verkehrs; Bestrebungen zur Hebung der Wohnungsnot dahier, genossenschaftliche Betätigung; Verordnung, betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Die nächsten Vorträge von auswärtigen Rednern mußten im verfloffenen Winter infolge der beschränkten Verkehrsverhältnisse unterbleiben, auch die beabsichtigten Buchführungskurse konnten wegen zu geringer Beteiligung nicht abgehalten werden. Der Unterricht in der gewerblichen Fortbildungsschule konnte, wenn auch mit Unterbrechung, anrecht erhalten werden und wurde in derselben Weise wie bisher erteilt. Bei dieser Gelegenheit soll seitens unseres Vorstandes nicht veräußert werden, der Kreis- und Stadtverwaltung für die stete Unterstützung der gewerblichen Fortbildungsschule zu danken. Die Stadtverwaltung hat auf Ersuchen den jährlichen Zuschuß von 385 M auf 1200 M erhöht, einschließlich des Wertes der Miete für Schulräume, Heizung, Beleuchtung und für Reinhaltung derselben. Möge das Wohlwollen beider Verwaltungen auch fernerhin unserem Verein und unserer Schule erhalten bleiben, damit die allgemeine anerkannten Ziele zum Segen des Handwerker- und Gewerbebestandes desto eher erreicht werden können. — Als Schulvorstandsmitglied wurde anstelle des Herrn J. J. Leuthner als Vertreter des Stadtverordneten-Kollegiums Herr Stadtverordneter J. H. H. Wahl bestimmt, der noch der Bestätigung des genannten Kollegiums bedarf. — In Anbetracht des großen Interesses und der eifrigen Mitarbeit seitens des Herrn Bürgermeisters Rets an den Vereins-, Schul- und Verbandsangelegenheiten hatte der Vorstand kürzlich beschlossen, Herrn Reis, welcher als Bürgermeister statutenmäßig dem Schulvorstand angehört, auch als Mitglied des Vereinsvorstandes zuzuwählen; die Versammlung gab hierzu ihr Einverständnis. — Ueber die Schulverhältnisse machte der Schulleiter, Herr Lehrer Koll, nähere Angaben, besonders über den Besuch des Unterrichts, die Schülerzahl (87), Unterrichtszeit usw. Der Unterricht wird fernerhin auf Ersuchen der Geschäftsleute werktags von 5 bis 7 Uhr nachmittags gehalten werden. Eine nähere Bekanntgabe durch den Magistrat wird nächster Tage erfolgen. — Auch über die finanziellen Verhältnisse des Vereins und der Schule berichtete Herr Koll (anstelle des am Erscheinen verhinderten Kassierers Herrn A. Offheim). Die Einnahmen bzw. Ausgaben der Vereinsverwaltung betragen etwa 400 M und die der Schulverwaltung etwa 1000 M. Der Vorsitzende dankte den Herren Koll und Offheim für deren Mithewaltung. — Zur Prüfung der Jahresrechnung wurden die Herren G. Brünner, Laphorn und P. Weyer gewählt und dem Kassierer, vorbehaltlich der Zustimmung der Revisoren, nach Prüfung der Rechnung Entlastung erteilt. — Ergänzungswahl des Vorstandes: Als Vorsitzender wurde Herr Schreinermeister Karl Penaf gewählt. Die übrigen ausstehenden Vorstandsmittelglieder, Herr A. Offheim, Kassierer, und die Beisitzer, Herren Aug. Dage-lauer und H. Volkmann, wurden wiedergewählt. — Als Abgeordnete für die voraussichtlich in diesem Jahre in Montabaur stattfindende

ordentliche Generalversammlung des Gewerbevereins für Nassau wurden die Herren R. Penaf und J. Koll gewählt; als deren Stellvertreter wurden die Herren P. Weyer und Reis bestimmt. — Nach Erledigung der Wahlen ergriff Herr Bürgermeister Reis das Wort, um dem bisherigen Vorsitzenden, Herrn Buchdruckermeister G. Sauerborn, welcher 17 Jahre lang ununterbrochen den Gewerbeverein mit Umsicht und besten Erfolgen leitete, in herzlicher Weise zu danken. Mit vielen Mühen und Arbeiten sei ein solches Amt verbunden, und weil Herr Sauerborn es verstanden, in uneigennütziger Weise als Leiter die Ziele des Vereins und der Schule bestens zu fördern, verdiene der scheidende Vorsitzende Dank und Anerkennung, die ihm hierdurch ausgesprochen sei. Die Versammlung gab hierzu ihren Beifall kund. Herr Sauerborn dankte für die ihm gewordene Anerkennung und erklärte, daß er als Vorsitzender nur seine Pflicht getan habe und nur in der Absicht, die Interessen für den Handwerker- und Gewerbebestand zu fördern; er würde auch weiterhin dem Verein als Mitglied angehören. — Der Rechnungsvoranschlag wurde wie bisher festgesetzt. Herr Bürgermeister Reis schlug vor, um Jedermann Gelegenheit zu geben, von den Leistungen der Schule sich zu überzeugen, am Schlusse eines jeden Schuljahres eine Ausstellung der Zeichnungen und sonstigen Schülerarbeiten zu veranstalten. Der Vorsitzende begrüßte diese Anregung und bemerkte, daß in früheren Jahren die Schülerarbeiten bei den öffentlichen Prüfungen zur Besichtigung offen gelegen haben und dies ferner wieder geschehen könnte, eventuell in Verbindung mit Gewährung von Prämien für besonders fleißige und brave Schüler. In letzterem Zwecke und zur Beschaffung von weiteren Lehrmitteln spendete Herr Fabrikant Heinrich Volk-mann 100 M, wofür ihm der Vorsitzende namens der Versammlung dankte. Ein Antrag, betreffend Beschaffung von Rohmaterial, soll dem Kreisverband zur weiteren Veranlassung übergeben werden. Hierauf wurde geschlossen.

Handwerkskammer Wiesbaden.

Auszug aus dem Protokoll

über die 206. Vorstandssitzung bzw. die 22. Vollsitzungsversammlung am 16. April 1919.

Anwesend: Der Vorsitzende, Herr Carlens-Wiesbaden, sowie die Vorstandsmitglieder, Herren Feger-Falkenstein, Hando-Frankfurt a. M., Müller-Ems, Stadtrat Meier-Wiesbaden, Müller-Frankfurt a. M. und das stello. Vorstandsmitglied, Herr Derm. Jos. Weil-Oberlahnstein, sowie der Syndikus der Handwerkskammer, Herr Schroeder-Wiesbaden.

Wegen der Verkehrssperre ist Herr Bang in Biedenkopf am Erscheinen verhindert.

1. Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und gedachte in bezüglichen Worten des inzwischen verstorbenen Vorstandsmitgliedes und stello. Vorsitzenden, Herrn Konditormeister Gg. Buch. Die Anwesenden hören den Nachruf lebend an.

2. An Stelle des verstorbenen Herrn Buch ist Herr Obermeister Gg. Ehr. Müller zu Frankfurt a. M. als Vorstandsmitglied ernannt.

3. Das Protokoll der Sitzung vom 18. März wird genehmigt.

4. Aus dem Geschäftsbericht des Syndikus ist hervorzuheben:

1. Vermittlungsstelle betr.
 - a) Die Benzolverteilung wird fortgesetzt.
 - b) Die Metallverteilung hat sich wieder normal entwickelt.
 - c) Zur Lederversorgung hat die Stadt Wiesbaden durch unsere Vermittlungsstelle ein Austauschverfahren mit den Werbetrieben eingeführt, indem sie Rohhäute gegen Leder Zug um Zug liefert. Den Städten soll ein ähnliches Verfahren empfohlen werden.
 - d) Die Zuzahlung von Leder durch die Reichsbedarfsstelle ist für das besetzte Gebiet eingestellt wegen erfolgter Aufhebung der Beschlagnahme. Dagegen ist protestiert worden.
 - e) Das Reichsüberwertungsamt hat eine Erbschaftsverteilung herausgegeben, die den Vorstandsmitgliedern abschriftlich zugehen soll.
 - f) Die beabsichtigte Verwertung des Deereagerätes-lagers in Hanau ist inzwischen aufgegeben, weil der Bestand durch die Reichsbedarfsstellen beschlagnahmt ist.
 - g) Die Beteiligung des Handwerks an der Herstellung von Eisenbahnwagen ist bis jetzt gesichert, weil die Preise für das Handwerk zu gering sind.
 - h) Die Wünsche und Beschwerden des Wiesbadener Handwerks gegenüber der Stadt sind unter Mitwirkung der beteiligten Handwerker bei dem Magistrat mündlich erledigt worden.

II. Die Kammer selbst betr.

- a) Die Vorarbeiten wegen Anstellung von Handwerklern auf dem Lande sind inzwischen abgeschlossen. 72 Handwerksstellen sind als frei gemeldet, und zwar 15 Wagner, 11 Schuhmacher, 10 Schmiede, 10 Schneider, 10 Schreiner, 4 Schlosser, 3 Sattler und noch je 2 bzw. 1 Stelle für andere Handwerker.
- b) Der Vorstand nimmt Kenntnis von den Schreiben des Kriegsausschusses und des Kammertages bezüglich der Handwerksbetriebsstatistik. Es soll die Stellungnahme des Kammertages abgefordert werden.
- c) Desgleichen von der Entwicklung des Eisenbetonbaus in Frankfurt a. M. Es soll auch in Wiesbaden ein solcher angeregt werden.
- d) Desgleichen von den jüngsten Verhandlungen in der Lieferungs-genossenschaft der Schuhmacher und der Wagenbauer.
- e) Die Genossenschaft „Uniformschneiderei Frankfurt a. M.“ hat ihren Jahresabschluss eingereicht. Der Vorstand gibt seiner Befriedigung über die erfolgreiche Arbeit dieser Genossenschaft Ausdruck.
- f) Die Stadt Wiesbaden hat die Unterstützung von Lehrlingen aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge eingeführt, wovon der Vorstand mit Befriedigung Kenntnis nimmt. Andere Städte sollen zur Nachahmung angeregt werden.
- g) Der Vorstand nimmt Kenntnis von der Bekanntmachung vom 24. März betr. Einreichung der Lehrverträge in dreifacher Ausfertigung und genehmigt diese.
- h) Die Unterstützungen für Hinterbliebene zum Kriegsdienst eingezogener Handwerker sind mit dem 31. März eingestellt worden. Insgesamt wurden verteilt 43 403 Mark.
- i) Der Vorstand nimmt Kenntnis von der Eröffnung des Fortbildungskurses in Döckst, der wegen seiner starken Beteiligung in zwei Kurse zerlegt werden mußte.
- k) Der Vorstand nimmt Kenntnis von den Verhandlungen wegen der Sonntagsarbeit für Konditorien, Friseur und Photographen.
5. Neuordnung der laufenden Kreissteuerungszulagen für die Beamten und Hilfskräfte der Kammer, der Vermittlungsstelle und der Kammernebenstelle Frankfurt a. M. Nach eingehender Beratung wird die Regelung auf Grund der Verordnung des Finanzministeriums vom 4. März 1919 beschlossen und zwar mit Wirkung vom 1. April 1919.
6. Im Anschluß daran wird beschlossen, bei dem Herrn Regierungspräsidenten die Bereidigung der bei der Kammer angestellten Beamten zu beantragen, sowie die Amtsbezeichnung in „Sekretär“ bzw. „Assistent“ an Stelle „Bürosekretär“ bzw. „Büroassistent“ zu ändern.
7. Bezüglich des Nachmittagsarbeitstages wird nach Anhörung der handwerklichen Organisationen beschlossen, mit Rücksicht auf die allgemeine Lage von offiziellen Schritten gegen diese Verordnung Abstand zu nehmen und dem Kammertag entsprechende Mitteilung zu machen.
8. Bezüglich der Sozialisierung des Nahrungs-mittelgewerbes stellt der Vorstand sich auf den Standpunkt, daß diese Sozialisierung im Interesse des Handwerks bekämpft werden muß.
9. Verwaltungsgedäude: Nach einem eingehenden und sachverständigen Bericht des Herrn Jäger, welcher durch den Herrn Vorsitzenden und Herrn Gölz sachverständig ergänzt bzw. bestätigt wird, und nachdem Herr Dandke seine Bedenken dagegen vorgebracht hat, nimmt der Vorstand Kenntnis von dem Ergebnis der schriftlichen Abstimmung unter den Kammermitgliedern. Danach haben bis jetzt 23 Mitglieder ihre Genehmigung ausgesprochen. Der Vorstand beschließt gegen die Stimmen der Herren Dandke und Müller-Frankfurt a. M., den Kauf des Hauses Nikolaistraße 41 zu den von Herrn Jäger vorgeschlagenen Bedingungen rechtsgültig abzuschließen unter Vorbehalt der Genehmigung der Vollversammlung. Die letztere kann nunmehr abgewartet werden, weil der Gewerbeverein für Nassau nun doch noch eine andere Wohnung mieten und beziehen muß, also dieser Dringlichkeitsgrund weggefallen ist.
10. Die nächste Vollversammlung wird auf den 20. Mai festgesetzt. Wegen der rechtzeitigen Beschaffung der Pläne soll schon jetzt eine Einladung versandt werden.
11. Der Vorstand bestätigt die ablehnende Stellungnahme der Geschäftsstelle gegenüber dem Gesuch zur Regelung des Lehrlingswesens in Braunschweig.
12. Der Vorstand tritt der Stellungnahme des Kammertages hinsichtlich der Organisation des Handwerks bei und beschließt bei dem Kammertag in diesem Sinne zu stimmen.
13. Anschließend an frühere bezügliche Verhandlungen wird heute beschlossen: Für die Dauer der Verkehrsverhinderung des Handwerksamts Frankfurt (Main) als Zweigstelle der Vermittlungsstelle bei

der Handwerkskammer zu bestimmen, mit der Maßgabe, daß diese Zweigstelle immer im Namen und Auftrage der Vermittlungsstelle handelt und durch seinen Vorsitzenden und Geschäftsführer zeichnet, daß insbesondere das Rechnungs- und Kassawesen direkt zwischen der Vermittlungsstelle und den Austraggebern erliegt wird.

14. An Stelle des verstorbenen Herrn Bud wird auf Vorschlag des Vorsitzenden Herr Hande-Frankfurt a. M. zum stellv. Vorsitzenden der Kammer und zum Vorsitzenden des Handwerksamts Frankfurt a. M. bestellt. In letzterer Eigenschaft wird Herr Müller-Frankfurt a. M. als Stellvertreter bestellt.

15. Betr. Festsetzung von Lehrzeiten wird beschlossen:

- a) Dem Feinmechanikerlehrling Hans Waldeck-Wiesbaden seine Tätigkeit in verwandten Betrieben mit 1 1/2 Jahren anzurechnen, jedoch er noch acht Monate zu lernen hat.
- b) Dem Adolf Schab zu Weßberg (23 Jahre alt) für das Bäder- und Messergewerbe insgesamt vier Jahre zu genehmigen.
- c) Den kriegsbeschädigten Schuhmachern Wilhelm Schamp zu Merenberg und Johann Jung in Hersbach eine Lehrzeit von je zwei Jahren zu genehmigen.
- d) Für den Lehrling des Schreinermeisters Brumm zu Sossenheim auf der dreijährigen Lehrzeit vorerst zu bestehen.

16. Auf Schreiben der Kammer Stuttgart erklärt der Vorstand sich für die Beibehaltung der Wahlen zu den Handwerkskammern durch die Organisationen im Sinne seiner früheren Stellungnahme.

17. Wegen der Verkehrsperre wird zur Prüfung der Jahresrechnung des Handwerksamts Frankfurt a. M. für diesmal ein Sonderauschuß bestellt, bestehend aus den Kammermitgliedern Herren: Jureit und Schanz-Frankfurt a. M. und Schenderlein-Homburg v. d. H.

18. Bisher wurden die Zinsen des Betriebsfonds dem Fonds für unverschuldet in Not geratene Handwerker zugeführt. Dies soll mit Wirkung vom 1. April ab nicht mehr geschehen, diese Zinsen sind vielmehr dem Betriebsfonds zu belassen.

19. Die Geschäftsstelle des Kammertages kündigt die nächste Vollversammlung des Kammertages auf den 28. April in Jena an, wovon Kenntnis genommen wird.

Für die Richtigkeit vorstehenden Auszugs
Der Synodus der Handwerkskammer.
Schroeder.

Bauschule Rastede
(Oldenb.)
Meister- und Polierkurse
Ausführl. c. Programm frei.

Sämtliche Druckmaschinen
liefert Hermann Rauch,
Wiesbaden, Friedbergerstr. 30.

Staatstelegramm.

Aufgenommen

Berlin, den 5. April 1919.

Im Anschluß an meinen Fernspruch II 46219 vom 11. Februar 1919 weise erneut darauf hin, daß die Bundesratsverordnung über den Verkehr mit Weim oder auch im besetzten Gebiet nach wie vor in vollem Umfange gilt, und daß daher auch tierischer Weim der Beschlagnahme unterliegt. Einzelne Firmen suchen ihre Ansicht über Beschlagnahmefreiheit von Weim dadurch zu begründen, daß sie Weim im Anschluß an Holztarife als Chemikalien bezeichnen, deren Beschlagnahme aufgehoben sei. Anordnung im Holztarif nicht maßgebend für Fragen der Beschlagnahmefreiheit, für die nach wie vor die Verordnung über den Verkehr mit Weim maßgebend ist. Ersuche dringend, für weitgehende Aufklärung beteiligter Kreise zu sorgen und gegen Firmen, die sich den allgemein gültigen Bestimmungen nicht unterwerfen, entschieden vorzugehen. Drastische Maßnahmen werden erbeten. Reichsministerium für wirtschaftliche Demobilisierung II 942/19.

Demobilisationskommissar,
Regierungspräsident Wiesbaden.

Wird hiermit veröffentlicht.

Wiesbaden, den 24. April 1919.

Die Handwerkskammer:

Der Vorsitzende: Der Syndikus:
Carstens. Schroeder.

Einladung

zu der am Sonntag, den 18. Mai, nachmittags 2 Uhr, im „Antoniterhof“, Höchst, Jahnstraße, stattfindenden Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht über Jahresabschluss von 1918.
2. Bericht des Vorstandes über Gewinnverteilung.
3. Entlastung des Vorstandes.
4. Wahl von zwei Aufsichtsratsmitgliedern an Stelle der ausscheidenden Kunz und Hartlieb.
5. Verteilung des Reingewinnes.
6. Verschiedenes.
7. Wünsche und Anträge der Mitglieder.

Lieferungs-genossenschaft der Schlosser

und verwandten Gewerbe
der Kreise Höchst a. M., Oberlahn und Usingen
c. G. m. b. H. zu Höchst a. M.
Anton Wen.



Nassauische Landesbank

Nassauische Sparkasse

Wiesbaden, Rheinstraße 44. — Fernruf 833 844, 893, 6172.

Mündelsicher, unter Garantie des Bezirksverbandes des Regierungsbezirks Wiesbaden. Die Nassauische Landesbank ist amtliche Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen. Reichsbankgironummer. — Postscheckkonto Frankfurt am Main Nr. 600. 23 Filialen (Landesbankstellen) u. 208 Sammelstellen im Regierungsbezirk Wiesbaden 30 Sammelstellen in Frankfurt und seinen Vororten.

Mündelsichere Anlagen

in Schuldverschreibungen der Nassauischen Landesbank, auf Sparkassenbücher der Nassauischen Sparkasse, auf gebührenfreien Verzinsungskonten täglich fällig oder unter Festlegung mit Kündigungsfrist

Darlehen und Kredite in laufender Rechnung

gegen Hypothek, Bürgschaft oder Verpfändung von Wertpapieren, ferner an Gemeinden und öffentliche Verbände mit oder ohne besondere Sicherstellung

Sonstige Geschäftszweige

Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren (offene und geschlossene Depots). Vermietung von Schlüsseln, Schrank, A- und Verkauf von Wertpapieren, Einziehung von Wechseln und Schecks, Einlösung fälliger Zinsscheine.

Hessen-Nassauische Lebensversicherungsanstalt

Behördliches Institut der Bezirksverbände der Reg.-Bez. Wiesbaden und Cassel
Gemeinnützige Anstalt des öffentlichen Rechts
Postscheckkonto Frankfurt am Main Nr. 17600. Fernruf wie oben.
Alle Arten von Lebensversicherung gegen niedrigste Aufwendungen.

Direktion der Nassauischen Landesbank.